

**Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen**  
**rechtlich unselbstständige Anstalt in der**  
**Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**  
**532100 Städtebau**  
**Kaiserleistraße 29-35**  
**63067 Offenbach am Main**

**Antrag auf Förderung eines Projektes nach den Richtlinien des Landes Hessen nach § 3 des Hessischen Energiegesetzes (HEG) zur Förderung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in den Kommunen (Kommunalrichtlinie (Energie))**

**- Energetische Modernisierung nach Teil II -**

Förderanträge sind grundsätzlich in einfacher Ausfertigung oder (nach Abstimmung mit der WIBank) digital vorzulegen

<b>1. Antragsteller</b>	
Antragsteller:	
Anschrift:	
Kreis:	Regierungsbezirk:
Gemeindekennziffer (ggf. des Investitionsorts):	
Ansprechpartner/in:	Telefon:
Fax:	E-Mail:
Ist der Antragsteller Mitglied des Bündnisses „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ und hat Anspruch auf eine um 10 % erhöhte Förderquote? <span style="float: right;"><input type="checkbox"/> ja      <input type="checkbox"/> nein</span>	

<b>2. Angaben zum Projekt</b>	
<b>Projekt:</b> .....	
<b>Investitionsort:</b> .....	
(Standortangabe unter Angabe des Stadt-/Gemeindeteils, der Straße, der Hausnummer oder des Flurstücks)	
<b>Art des zu modernisierenden Gebäudes:</b>	<b>Datum Bauantrag bzw. Baujahr/e</b>
<input type="checkbox"/> Verwaltungsgebäude	.....
<input type="checkbox"/> Schule	.....
<input type="checkbox"/> Kindergarten	.....
<input type="checkbox"/> Kindertagesstätte	.....
<input type="checkbox"/> Begegnungseinrichtung	.....
<input type="checkbox"/> Sport- / Mehrzweckhalle	.....
<input type="checkbox"/> Sonstiges Gebäude .....	.....
Zutreffendes bitte ankreuzen. Es kann jeweils nur ein Projekt mit einem Förderantrag beantragt werden.	

Kann das zu modernisierende Gebäude auf über den örtlichen Bezug hinausgehender Ebene wirtschaftlich genutzt werden?

ja  nein

(z. B. Stadthallen, Schwimmbäder mit Wellness- oder Spaßbereichen, Sportarenen, Theater, Kureinrichtungen)

Falls ja: bitte mit diesem Antrag eine (DAWI-)De-minimis-Erklärung vorlegen

Handelt es sich um eine kommunaleretzende Maßnahme?

ja  nein

Hinweis: Kommunalersetzend sind nach Teil I Nr. 4 der Kommunalrichtlinie (Energie) Maßnahmen, bei denen ein nicht-kommunaler Träger (Dritter) eine Maßnahme im kommunalen Aufgabenbereich durchführt und die Aufgabe anstelle der Kommune wahrnimmt.

Im Fall einer kommunaleretzenden Maßnahme:

Die Projektumsetzung erfolgt nicht durch den Antragsteller, sondern durch

.....

.....

**Durchführungszeitraum:**

Das Projekt soll in der Zeit vom ..... bis ..... durchgeführt werden.

Hinweis: Es werden grundsätzlich nur Projekte gefördert, die vor Rechtskraft des Zuwendungsbescheides noch nicht begonnen worden sind.

### 3. Beantragte Zuwendung

Wir beantragen die Gewährung eines Zuschusses für vorstehend genanntes Projekt in Höhe von:<sup>1</sup>

..... €<sup>2</sup>

in Worten: .....

Im Fall einer kommunaleretzenden Maßnahme:

Werden die Fördermittel an ein Unternehmen oder an ein Unternehmen, das Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringt, weitergeleitet?

ja  nein

Falls ja: bitte mit diesem Antrag eine (DAWI-)De-minimis-Erklärung vorlegen

<sup>1</sup> Die Summe ist aus der Berechnung der zuwendungsfähigen Ausgaben in der beizufügenden Kostenberechnungstabelle zu übernehmen.

<sup>2</sup> Hinweis in Nr. 5 beachten

**4. Kurzbeschreibung des Projektes / der energetischen Modernisierungsmaßnahmen**

- Bei umfangreichen Maßnahmen bitte in separatem Dokument.
- Kurzbeschreibung der derzeitigen Bauausführung (z.B. Vorhangfassade aus Naturstein, Flachdach mit Kiesschüttung)
- Kurze Darstellung und Begründung des Vorhabens.
- Darstellung der geplanten energetischen Modernisierungsmaßnahmen. Insbesondere Begründung des Sachverständigen, falls bei einer Modernisierung auf Stufe 1 oder 2 keine Lüftungsanlage eingebaut werden soll.

**5. Vorsteuerabzugsberechtigung**

Der Antragsteller ist für das durchzuführende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz berechtigt:

**Hinweis:**  ja, zu ..... %  nein  
 Wenn „ja“ Angaben in Nr. 3., 6. und 7. ohne USt.

Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme:  
 Der nicht-kommunale Träger ist für das durchzuführende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz berechtigt:

ja, zu ..... %  nein

**6. Investitionen / Ausgabenplan**

Es fallen folgende projektbezogene Investitionen und zuwendungsfähige Ausgaben an:

Hinweis in Nr. 5 beachten	Investitionsbetrag	Zuwendungsfähige Ausgaben gemäß Kostenberechnungstabelle
Baulicher Wärmeschutz (Gruppe 1)	€	€
Anlagen zur effizienten Wärmebereitstellung (Gruppe 2)	€	€
Sonstige Anlagentechnik (Gruppe 3)	€	€
Planungskosten baulicher Wärmeschutz (zu Gruppe 1)	€	€
Planungskosten Anlagentechnik (zu Gruppe 2 und 3)	€	€
<b>Gesamtinvestitionen Fördergegenstand</b>	<b>€</b>	<b>€</b>
Nicht geförderte Investitionen	€	€
<b>Gesamtinvestitionen</b>	<b>€</b>	<b>€</b>

**7. Geplante Finanzierung des Gesamtprojekts**

<b>Finanzierungsplan (Hinweis in Nr. 5 beachten)</b>		<b>Betrag</b>
1) Eigenmittel		..... €
2) Zuwendungen Dritter (Förderstellen bitte nachstehend angeben; z.B. Bundesförderung, Denkmalpflege, oder Mittel von kirchlichen/gemeinnützigen/privaten Trägern)		..... €
3) Zuwendungen des Landes nach diesen Richtlinien		..... €
4) Kapitalmarktdarlehen		..... €
5) Zinsbegünstigte Darlehen		..... €
<b>Summe</b>		<b>€</b>
<b>Vom Antragsteller gewünschte haushaltsmäßige Aufteilung der beantragten Fördermittel<sup>3</sup>:</b>	<b>Jahr</b>	<b>Betrag</b>
		€
		€
		€
		€
		€
	<b>Summe</b>	

**8. Kumulation von Zuwendungen**

Sind für das gleiche Projekt bei einer anderen öffentlichen Stelle ebenfalls Zuwendungen beantragt oder sollen Zuwendungen beantragt werden?

ja                       nein

Wurden von einer anderen Stelle bereits Mittel bewilligt oder in Aussicht gestellt?

ja                       nein

Wenn ja, bei welcher Stelle, in welcher Höhe, aufgrund welcher Richtlinie und welcher Richtlinienziffer?  
(bereits vorliegende Zuwendungsbescheide sind beizufügen)

.....

Wenn Anträge abgelehnt wurden, ist die Begründung anzugeben

<sup>3</sup> Die Zuteilung soll sich am realistischen Bedarf nach gepl. Baubeginn und gepl. Baufortschritt orientieren. Das Land kann der gewünschten Aufteilung auf die Kalenderjahre nur nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel entsprechen.

## 9. Erklärungen des Antragstellers

- a) Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung des beschriebenen Projektes verwendet.
- b) Die erforderlichen Genehmigungen (z.B. denkmalschutz- oder baurechtliche) liegen vor bzw. werden rechtzeitig vor Baubeginn eingeholt.
- c) Mit der Baumaßnahme wurde noch nicht begonnen und wird vor Bestandskraft des Zuwendungsbescheides nicht begonnen werden.
- d) Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme wird eine trägerneutrale Weiterleitung der Fördermittel an nicht-kommunale Träger nicht vor der Erteilung des Zuwendungsbescheides durch das Land vereinbart.
- e) Ich bin/werde/Wir sind/werden uneingeschränkt Eigentümer oder ist/wird Erbbauberechtigte(r) der/des Grundstück(s), auf dem/denen die Investitionen durchgeführt werden sollen.  
ODER  
Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme ist/wird ein Nutzungsvertrag abgeschlossen, der die öffentliche Nutzung des Gebäudes zur kommunalen oder sozialen Infrastruktur mindestens für die Dauer der Zweckbindungsfrist von 25 Jahren absichert.
- f) Die Vergabeverfahren werden von Beginn an fortlaufend, ausführlich und nachvollziehbar dokumentiert (Abbildung des gesamten Beschaffungsverfahrens). Alle Bekanntmachungen nach nationalem oder EU-Vergaberecht werden in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) bei der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V., Bierstadter Str. 9, 65189 Wiesbaden, Tel: 0611-974 588-0, Internet: [www.had.de](http://www.had.de), veröffentlicht (Pflichtbekanntmachung).
- g) Bei einer kommunalersetzenen Maßnahme wird sichergestellt, z. B. durch eine vertragliche Vereinbarung, dass die für mich/uns als Antragsteller geltenden Bedingungen und Auflagen auch von dem nicht-kommunalen Träger eingehalten werden.
- h) Die Landesregierung veröffentlicht die Namen der Zuwendungsempfänger sowie Höhe und Zweck der gewährten Zuwendungen.
- i) Die Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in den Kommunen (Kommunalrichtlinie (Energie)) in der jeweils gültigen Fassung und die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften (ANBest-GK) sind mir/uns bekannt und werden beachtet. Demzufolge haben die kommunalen Zuwendungsempfänger das für sie geltende Vergaberecht anzuwenden. Dies gilt auch für Dritte bei Weiterleitung der Fördermittel an nicht-kommunale Träger.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Verwaltung der Programmmittel auch bei einem bevollmächtigten Projektträger hafte/n. Dies gilt auch für den zu führenden Verwendungsnachweis und eine eventuell erforderliche Rückzahlung von nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermitteln. Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme wird die Haftung durch eine vertragliche Vereinbarung mit dem nicht-kommunalen Träger geregelt.

## 10. Liste beigefügter/beizufügender Unterlagen

Hinweis: Die Bewilligungsstelle kann ggf. weitere Unterlagen anfordern, soweit dies für die Beurteilung des Projektes erforderlich ist

- Katasterkarte/Lageplan 1 : 1000 oder 1 : 500
- Bei Anträgen nach Teil II D 2 und 3 bemaßte Pläne (Grundrisse, Ansichten, Schnitte) in den die wärmedämmten Hüllflächen gekennzeichnet sind. Sofern das Gebäude im Zuge der Modernisierung erweitert wird, sind die neu errichteten Hüllflächen gesondert zu kennzeichnen.
- Lichtbilder des Gebäudes (Ist-Zustand), ggf. auch angestrebter Zustand (Visualisierung, wenn vorhanden)
- Rechnerischer Nachweis der energetischen Zielerreichung nach Gebäudeenergiegesetz (GEG) in Verbindung mit DIN V 18599 (Sachverständigennachweis) (Teil II D 1 und 2), Nachweis nach dem Passivhausprojektierungspaket (PHPP) oder ersatzweise nach einem geeigneten äquivalenten Nachweisverfahren (Teil II D 3) bzw. Nachweis der energietechnischen Anforderungen (Teil II D 4)
- Berechnung der Verringerung des Primär- und Endenergiebedarfs sowie des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes
- vom Aussteller der Nachweise ausgefülltes Beiblatt zum Förderantrag
- Kostenberechnungstabelle
- Antragsunterlagen sowie alle beigefügten/beizufügenden Unterlagen auf digitalem Datenträger (CD oder USB-Stick)
- Erklärung über Vorsteuerabzugsberechtigung (wenn zutreffend)
- (DAWI-)De-minimis-Erklärung (wenn zutreffend)
- Zuwendungsbescheid/Angaben zur Förderung Dritter (Zuwendungsbescheid ist ggf. auch nach Antragstellung noch unaufgefordert nachzureichen)
- Sonstiges

**Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.**

Ort

, den

---

Rechtsverbindliche Unterschrift/en (mit Dienstsiegel)